

Francois Hollande bringt Reichensteuern und Fiskalrabatte für Unternehmer unter einen Hut

Sechs Monate nach seinem Amtsantritt und einem Schwenk ringt der sozialistische Staatschef um Glaubwürdigkeit.

DANNY LEDER

Wie fast immer erschien Francois Hollande auch gestern, bei seiner ersten großen Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt, gut gelaunt und zu Späßchen aufgelegt. Als er sich etwa bei seiner Wachstumsprognose für Frankreichs Wirtschaft 2012 verhedderte, indem er von drei Prozent sprach (in Wirklichkeit erhofft er sich 0,9 Prozent Wachstum und ein Reduzierung des Budgetdefizits 2013 auf drei Prozent), quittierte er seinen Versprecher mit einem selbstironischen: „Das hätte ich wohl gerne.“

Die Stimmung übertrug sich auf die über 400 anwesenden Journalisten, die sich wesentlich stressfreier als unter seinem oft aggressiven Vorgänger Nicolas Sarkozy gebärdeten. Aber diese Entspannung ließ auch eine gewisse Langeweile aufkommen, wobei die einigermaßen pedantische Selbstdarstellung seiner Politik einstweilen wohl nicht reichen dürfte um die gegenwärtige Skepsis rund um seinen Kurs zu verringern.

„Ich bin mir in den letzten sechs Monaten treu geblieben und habe keine wie immer geartete Wende vollzogen“, behauptete Hollande. Und: „Zeigen sie mir eine andere Regierung, die so schnell so viele Entscheidungen bezüglich der beiden Probleme traf, die seit so langem unser Land untergraben, also die öffentliche Verschuldung und der Rückgang der Industrie.“ Mit diesen beiden Sätzen reagierte Hollande auf die zwei gegen ihn gerichteten Hauptvorwürfe: er verfolge einen verworrenen, widersprüchlichen Kurs und sei ein Zauderer, der vor Reformen zurückschrecke.

Im Detail listete Hollande seine anfänglichen Maßnahmen auf, darunter die Senkung des Pensionsantrittsalters von 62 auf 60 Jahre für Arbeitnehmer mit besonders langen Beitragszeiten, den Start eines Programms staatlich gestützter Jugendjobs, die Schaffung einer Investitionsbank für Klein- und Mittelbetriebe, die Begrenzung der Spitzengehälter im öffentlichen Dienst, die Senkung seines eigenen Präsidentengehalts um 30 Prozent, die Anhebung der Steuersätze für Großverdiener, Kapitaleigner und Konzerne. Diese Belastung der „bestgestellten 20 Prozent der Franzosen“ sei „keine Stigmatisierung oder gar Enteignung, sondern ein Akt der Gerechtigkeit“. Dieser sei erforderlich, um den „Gewaltmarsch“ zum Schuldenabbau zu bewältigen. Und dieser wiederum garantiere „Frankreichs Souveränität“ und die Genesung der EU.

Gleichzeitig bekannte sich Hollande so deutlich wie nie zuvor zu Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, die er auf 60 Mrd. Euro für seine fünfjährige Amtsperiode beanschlagte. Dabei brachte er es fertig im selben Atemzug seinem Vorgänger Sarkozy einen Seitenhieb zu verpassen und die namentlich aus Berlin herüberwehenden Kritik, er würde sich um Strukturreformen drücken, zu entkräften: „Die öffentlichen Ausgaben belaufen sich auf 57 Prozent unseres nationalen Reichtums. Vor fünf Jahren waren es noch 52 Prozent. Deswegen leben wir aber jetzt auch nicht besser. Wir müssen also die Staatsreform verwirklichen. Der Staat muss besser handeln und dabei weniger ausgeben.“

Vor allem aber pries Hollande den soeben von der Regierung verkündeten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, der ausnahmslos allen Unternehmern und Selbstständigen einen Steuerrabat in der Höhe von sechs Prozent ihrer Gehaltsmasse gewährt. Diese Stütze soll teilweise durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 19,6 auf 20 Prozent kompensiert werden. Dabei hatte Hollande ursprünglich die Anhebung der Mehrwertsteuer (allerdings auf 21,2 Prozent), die noch unter Sarkozy beschlossen war, annulliert. Allerdings wird die Mehrwertsteuer à la Hollande bei Grundgütern des täglichen Bedarfs sogar gesenkt (von 5,5 auf 5 Prozent). Trotzdem gestand der sozialistische Präsident mit einem neuerlichen Anflug leiser Selbstironie: „Manchmal muss man etwas korrigieren. Dazu stehe ich.“